



Projekt zur Abgrenzung der Anwendung des vereinfachten Verfahrens für Ortsplanungsrevisionen

Schlussbericht vom 08.02.2012 mit Merkblatt

Datum: 24.02.2012
Objekt: 21904
Status: Schlussbericht

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung / Problematik	3
2.	Die Situation im Kanton Graubünden (rechtliche Grundlage)	3
3.	Auftrag / Anlass	4
4.	Analyse ausserkantonale Beispiele	5
5.	Ergebnisse aus dem Vergleich der ausserkantonalen Beispiele	8
6.	Workshop	12
	Merkblatt	14

1. Einleitung / Problematik

Das vereinfachte Verfahren gestützt auf Art. 48 Abs. 3 des Raumplanungsgesetzes für den Kanton Graubünden (KRG) wird seit seiner Einführung mit der Totalrevision der kantonalen Gesetzgebung Ende 2005 einzelfallweise für untergeordnete bis sehr untergeordnete Revisionen angewendet. Der Spielraum, welcher durch den unbestimmten Rechtsbegriff wie „untergeordnete Bedeutung“ oder „geringfügig“ gegeben wurde, ist nur zurückhaltend genutzt worden. Das kantonale Raumplanungsgesetz Appenzell Ausserrhoden beispielsweise gewährt bei geringfügigen Änderungen an Nutzungsplänen markant bedeutendere Revisionen.

Die BVR hat sich in Zusammenarbeit mit dem Amt für Raumentwicklung Graubünden dazu entschieden, einen gangbaren Weg für die Anwendungspraxis in Graubünden zu definieren. Dies erfolgte gestützt auf einen Workshop und nachfolgende bilaterale Verhandlungen und den betroffenen Fachspezialisten.

2. Die Situation im Kanton Graubünden (rechtliche Grundlage)

Das vereinfachte Beschluss- und Genehmigungsverfahren bei Ortsplanungsrevisionen (nachfolgend vereinfachtes Verfahren genannt) ist in Graubünden in Art. 48 Abs. 3 des kantonalen Raumplanungsgesetzes (KRG) geregelt.

Art. 48 KRG

¹ Erlass und Änderung von Baugesetz, Zonenplan, Generellen Gestaltungsplänen und Generellen Erschliessungsplänen unterliegen der Abstimmung in der Gemeinde. Für den Generellen Erschliessungsplan oder Teile davon können die Gemeinden den Gemeinderat für zuständig erklären.

² Arealpläne werden vom Gemeindevorstand erlassen, sofern die Gemeinden nicht den Gemeinderat für zuständig erklären.

³ Planänderungen von untergeordneter Bedeutung, wie geringfügige Anpassungen von Zonengrenzen an neue Plangrundlagen, können vom Gemeindevorstand beschlossen werden, sofern bei der Mitwirkungsaufgabe keine Einwendungen eingegangen sind.

⁴ Der Gemeindevorstand gibt Beschlüsse über den Erlass oder die Änderung der Grundordnung im amtlichen Publikationsorgan der Gemeinde und im Kantonsamtsblatt bekannt und sorgt dafür, dass die beschlossenen Planungsmittel

sowie damit verbundene Gesuche für Zusatzbewilligungen während der Dauer der Beschwerdefrist öffentlich aufgelegt werden (Beschwerdeauflage).

⁵ Einsprachen gegen Gesuche für Zusatzbewilligungen sind während der Auflage bei der Genehmigungsbehörde einzureichen.

⁶ Beschlüsse über den Erlass oder die Änderung der Grundordnung entfalten bis zur Genehmigung der Vorlage die Wirkung einer kommunalen Planungszone.

Das vereinfachte Verfahren hat in Graubünden die Besonderheit, dass die Planänderung vom Gemeindevorstand beschlossen werden kann (Art. 48 Abs. 3 KRG). Des Weiteren werden Planänderungen von untergeordneter Bedeutung nicht von der Regierung, sondern vom Departement genehmigt (Art. 49 Abs. 1 KRG).

Die Gemeinden würden die Vorschrift von Art. 48 Abs. 3 KRG gerne grosszügig anwenden. Bis jetzt ist keine klare Praxis der Genehmigungsbehörde festgeschrieben worden. Die Praxis wird eher eng ausgerichtet. Es stellt sich die Frage, was noch als geringfügige Anpassung von Zonengrenzen an neue Plangrundlagen zu verstehen ist. Dies führt immer wieder zu Unsicherheiten und Diskussionen. Des Weiteren kommt noch dazu, dass, sobald bei der Mitwirkungsaufgabe Einwendungen eingehen, das ordentliche Verfahren durchzuführen ist.

Die Botschaft der Regierung an den Grossen Rat zum KRG vom 11. Mai 2004 – welche keine spezifischen Aussagen zum vereinfachten Verfahren macht – besagt, dass sich die Revision nicht in einer blossen Auffrischung und Aktualisierung des geltenden Gesetzes erschöpft. Vielmehr sollen soweit wie möglich auch neue Akzente gesetzt und gezielte Verbesserungen angebracht werden. Beispielsweise stehen unter anderem Schwerpunkte wie die Vereinfachung, Beschleunigung, Harmonisierung und bessere Koordination der Verfahren sowie die Vergrösserung des Handlungsspielraumes der Gemeinden in der Nutzungsplanung unter gleichzeitiger Senkung der Planungskosten im Vordergrund.

3. Auftrag / Anlass

Es ist zu prüfen, ob eine Präzisierung von Art. 48 Abs. 3 KRG auf Verordnungsstufe oder andere Massnahmen im Sinne einer Praxiserleichterung zugunsten bedeutenderer Revisionen der Ortsplanung zweckmässige Verfahrensbeschleunigungen ohne wesentliche Erhöhung des Verfahrensrisikos bewirken können.

Im Falle eines positiven Prüfungsergebnisses ist ein konkreter Vorschlag zu machen. Gegebenenfalls sind Abgrenzungsmechanismen zur Sicherstellung der Kompetenzen zu entwickeln bzw. vorzuschlagen. Gestützt auf Art. 48 Abs. 1 lit. 2 KRG können Gemeinden für Generelle Erschliessungspläne oder Teile davon dem Gemeinderat für zuständig erklären. Diese Verfahrenserleichterung könnte Anlass sein, zu prüfen, ob die nutzungsplanerische Erlasskompetenz bei grösseren Gemeinden ganz dem Gemeinderat delegiert sein könnte, wobei die politischen Rechte durch das Instrument des Referendums sicherzustellen wären.

Falls das vorhergehende Prüfungsergebnis negativ ausfallen würde, wäre alternativ eine allfällige Kompetenzdelegation an den Gemeinderat, welche Verfahrensvorteile im Sinne der Vereinfachung und der Beschleunigung bewirken könnte, zu prüfen. Im Falle eines positiven Prüfungsergebnisses wäre ein konkreter Vorschlag zwecks Umsetzung zu machen (z. B. Praxishilfe ohne Gesetzesanpassung). Gegebenenfalls wären Abgrenzungsmechanismen zur Sicherstellung der Kompetenzen vorzuschlagen.

4. Analyse ausserkantonale Beispiele

Um den Umgang mit dem vereinfachten Verfahren in anderen Kantonen zu ermitteln, wurden die einschlägigen Vorschriften in den Kantonen Aargau (AG), Appenzell-Ausserrhoden (AR), Appenzell-Innerrhoden (AI), Bern (BE), Glarus (GL), Luzern (LU), St. Gallen (SG), Thurgau (TG), Uri (UR), Wallis (VS) und Zürich (ZH) analysiert.

Beim Vergleich dieser sechs Kantone hat sich gezeigt, dass der Anwendungsbereich des vereinfachten Verfahrens (v.a. hinsichtlich der betroffenen Fläche) stark variiert. Es darf aber auch festgehalten werden, dass in einzelnen Kantonen das vereinfachte Verfahren lediglich den Prozessschritt der Genehmigung vereinfacht. Im Folgenden werden daher Kriterien aufgezeigt, an denen sich die Unterschiede erkennen lassen.

Nachfolgend werden SG als Kanton mit einer strengen Auslegung und AR als Kanton mit einer grosszügigen Auslegung näher betrachtet. Des Weiteren wird auf die Regelung im Kanton AG, da dort der Begriff geringfügig flächenmässig in der Bauverordnung festgelegt ist, und die Regelung im Kanton BE, welcher die geringfügigen Änderungen von Nutzungsplänen in einem Merkblatt und das Verfahren in Art. 122 der Bauverordnung regelt, eingegangen.

Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht (Baugesetz) St. Gallen:

Art. 32.⁶⁶

¹ Baureglement, Zonen-, Überbauungs-, Gestaltungs-, Deponie- und Abbaupläne sowie Schutzverordnungen werden geändert oder aufgehoben, wenn es aus wichtigen öffentlichen Interessen geboten ist, insbesondere wenn sich die Grundlagen ihres Erlasses wesentlich geändert haben oder wenn wesentliche neue Bedürfnisse nachgewiesen sind. Art. 29 bis 31 dieses Gesetzes findet sachgemässe Anwendung.

² Bei der Änderung oder Aufhebung von Zonen-, Überbauungs-, Gestaltungs-, Deponie- und Abbauplänen kann auf das Anzeige- und Auflageverfahren verzichtet werden, wenn nur einzelne Grundeigentümer betroffen werden, diese zustimmen und keine öffentlichen Interessen berührt werden.

Gesetz über die Raumplanung und das Baurecht (Baugesetz) Appenzell-Ausserrhoden:

Art. 52 Geringfügige Änderungen an Nutzungsplänen

¹ Geringfügige Änderungen können an Zonenplänen und Sondernutzungsplänen ohne öffentliche Auflage vorgenommen werden, wenn die von ihnen direkt betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer und die Mehrheit der Eigentümerinnen und Eigentümer der angrenzenden Grundstücke sich mit ihnen einverstanden erklärt haben. Nicht zustimmende Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer werden unter Ansetzung der Einsprachefrist von 30 Tagen angeschrieben.

² Geringfügige Änderungen an Nutzungsplänen werden durch den Gemeinderat erlassen. Sie unterstehen weder dem fakultativen noch dem obligatorischen Referendum und bedürfen der Genehmigung der Baudirektion.

³ Änderungen an Nutzungsplänen gelten als geringfügig, wenn

a) damit keine öffentlichen Interessen verletzt werden,

b) damit keine Änderung des dem Nutzungsplan zugrunde liegenden Konzepts einhergeht und

c) bei Zonenplänen davon eine kleine Fläche betroffen ist (in der Regel höchstens 3000 m²).

Gesetz über Raumentwicklung und Bauwesen (BauG) Aargau:

§ 25 Beschluss

¹ Die allgemeinen Nutzungspläne werden durch das nach der Gemeindeorganisation zuständige Organ erlassen. Die Einwendungsentscheide des Gemeinderats sind dem zuständigen Organ bekannt zu geben, binden es aber nicht. Der Gemeinderat orientiert das zuständige Organ über die von ihm vorgeschlagenen Abweichungen vom öffentlich aufgelegten Entwurf und begründet sie.

² Das zuständige Organ erlässt die Planung gesamthaft oder in Teilen. Will es wesentliche Änderungen anbringen, weist es den betroffenen Teil zur Überprüfung oder Überarbeitung an den Gemeinderat zurück.

³ Der Gemeinderat beschliesst:

a) Sondernutzungspläne;

b) unwesentliche Änderungen der allgemeinen Nutzungspläne wie namentlich Berichtigungen auf Grund von amtlichen Vermessungen und andere Korrekturen offenkundiger Versehen sowie Änderungen planerisch unzweckmässig verlaufender Zonengrenzen. Eine öffentliche Auflage wird in diesen Fällen nicht durchgeführt.

Allgemeine Verordnung zum Baugesetz (ABauV) Aargau (in Kraft bis 31. August 2011):

§ 4a

Eine unwesentliche Änderung des allgemeinen Zonenplans, die der Gemeinderat beschliesst, darf in einem zusammenhängenden Gebiet eine Fläche von höchstens 200 m² betreffen.

Neue Bauverordnung Aargau (in Kraft ab 1. September 2011)

§ 11 Unwesentliche Änderung des allgemeinen Zonenplans (§ 25 BauG)

Eine unwesentliche Änderung des allgemeinen Zonenplans, die der Gemeinderat beschliesst, darf in einem zusammenhängenden Gebiet eine Fläche von höchstens 200 m² betreffen. Bestehende Strassenflächen werden nicht mitgerechnet.

Bauverordnung des Kantons Bern (BauV):

Art. 122

¹ Der Gemeinderat kann die geringfügige Änderung von Vorschriften und Plänen ohne Vorprüfung und ohne öffentliche Auflage beschliessen.

² Vor dem Beschluss ist den davon betroffenen Grundeigentümern, soweit sie der Änderung nicht unterschriftlich zugestimmt haben, mit eingeschriebenem Brief eine Frist von wenigstens zehn Tagen zur Einreichung einer Einsprache anzusetzen.

³ Die abgeänderten Vorschriften und Pläne sind dem Amt für Gemeinden und Raumordnung in der mit ihm abgesprochenen Anzahl Exemplaren zur Genehmigung und zum Entscheid über die unerledigten Einsprachen zuzustellen.

⁴ Für die geringfügige Änderung von kantonalen Überbauungsordnungen gelten die vorstehenden Bestimmungen sinngemäss. Für die Zuständigkeit und den Rechtsmittelweg gilt Artikel 102 des Baugesetzes.

⁵ Die geringfügige Änderung von regionalen Überbauungsordnungen beschliesst die zuständige Regionalversammlung abschliessend. Im Übrigen gelten die Absätze 1 bis 4 sinngemäss.

⁶ Ist zweifelhaft, ob eine vorgesehene Änderung noch als geringfügig gelten kann, so ist für sie das öffentliche Einspracheverfahren nach Artikel 60 des Baugesetzes durchzuführen mit dem Hinweis, dass beabsichtigt ist, die Änderung im Verfahren der geringfügigen Änderung von Nutzungsplänen vorzunehmen.

5. Ergebnisse aus dem Vergleich der ausserkantonalen Beispiele

1. Wo ist die Anwendung des vereinfachten Verfahrens geregelt?

In den Baugesetzen bzw. den Bauverordnungen der Kantone ist mit Ausnahme vom Kanton Aargau das vereinfachte Verfahren nur mit unbestimmten Rechtsbegriffen (weiche Kriterien) umschrieben. Es wird von geringfügigen bzw. unwesentlichen Änderungen gesprochen. Was darunter zu verstehen ist, wird zum Teil in Arbeitshilfen und Merkblättern festgelegt (z.B. AG, BE), zum Teil ist es eine interne, nicht niedergeschriebene Verwaltungspraxis der Kantone. Demgegenüber schreibt im Kanton Aargau § 4a der allgemeinen Verordnung zum Baugesetz (A-BauV) bzw. ab dem 1. September 2011 § 11 der neuen Bauverordnung klar vor, dass eine unwesentliche Änderung eine zusammenhängende Fläche von 200 m²

nicht überschreiten darf (hartes Kriterium). Dabei werden Strassenflächen nicht mitgerechnet. Allerdings ist auch im Kanton AG nur die Grösse in der Verordnung geregelt. Die übrigen Anwendungskriterien haben sich auch im Kanton AG im Rahmen der Verwaltungspraxis gebildet.

2. Bis zu welcher betroffenen Fläche wird das vereinfachte Verfahren angewendet?

Die meisten Kantone wenden das vereinfachte Verfahren restriktiv an. Restriktive Flächenbeschränkungen haben die Kantone SG mit ca. 50 m² und AG mit 200 m².

Demgegenüber wendet der Kanton AR das vereinfachte Verfahren grosszügig an. Dort dürfen die von der Ortsplanungsrevision betroffenen Flächen bis 3'000 m² betragen. Auch wenn Neueinzonungen mit einem flächenneutralen Landabtausch erfolgen und somit eine Einzonung und eine Auszonung verbunden ist, können nur dann im geringfügigen Verfahren durchgeführt werden, wenn die Fläche zusammen weniger als 3'000 m² beträgt. Grundvoraussetzung ist aber immer, dass keine öffentlichen Interessen verletzt werden.

Der Kanton BE nimmt eine geringfügige Änderung im Sinne von Art. 122 BauV an, wenn angenommen werden darf, sie hätte den Entscheid des Planungsorgans nicht beeinflusst und wenn nur private Interessen berührt sind. Es gibt geringfügige Änderungen ohne Planaufgabe (Art. 122 Abs. 2 BauV) und geringfügige Änderungen mit Planaufgabe (Art. 122 Abs. 6 BauV). Eine geringfügige Änderung ohne Planaufgabe ist gegeben, wenn bei offenkundigen Versehen oder Widersprüchen, sofern über die Art der Korrektur keine Zweifel bestehen, sowie bei wirklich sehr untergeordneten Korrekturen. Ein Beispiel wäre die Begradigung oder Korrektur der Bauzonengrenze. Unter geringfügige Änderungen mit Planaufgaben fallen zum einen Ein- und Auszonungen. Es gibt eine Tabelle, die anhand der Einwohnerzahl der Gemeinde die Bodenfläche festlegt, welche maximal von der Änderung betroffen sein darf. Z.B. darf bis 2'000 Einwohner die von der Änderung betroffene Bodenfläche max. 500 m² betragen, über 50'000 Einwohner max. 2'500 m². Es handelt sich bei der Tabelle um Richtwerte. Zum anderen fallen unter geringfügige Änderungen mit Planaufgabe Auf- und Abzonungen. Bei der Prüfung ist die Erhöhung der betreffenden Ziffer (z.B. AZ) mit der betroffenen Landfläche zu multiplizieren. Die sich aus dieser Rechnung ergebende Fläche muss die Höchstmasse aus obiger Tabelle einhalten. Änderungen, die nicht mehr geringfügig sind, sind z.B. der erstmalige Erlass eines Nutzungsplanes, die Aufhebung von Plänen und Vorschriften oder konzeptionelle Änderungen. Einzel-

heiten können dem Merkblatt „Geringfügige Änderung von Nutzungsplänen“ (Art. 122 Bauverordnung) entnommen werden. Die übrigen Kantone machen keine Flächenangaben in m².

3. Was für Kriterien sind, neben der betroffenen Fläche, noch für die Anwendung des vereinfachten Verfahrens massgeblich?

Das Kriterium geringfügig wird ausgelegt. Massgebend für die Geringfügigkeit ist das Interesse der Stimmbürgerschaft an der Planänderung. Geringfügig wären demzufolge Änderungen, von denen anzunehmen ist, sie hätten den Entscheid des an sich zuständigen Organs nicht beeinflusst. Insbesondere fallen unter geringfügig Grenzberichtigungen und Berichtigungen am Rande der Bauzone. Für die Klärung der Frage, ob eine Änderung geringfügig ist, kann beispielsweise massgebend sein, ob neue Geländekammern oder Schutzzonen angetastet werden, ob ein erheblicher Erschliessungsaufwand geschaffen und Hauptziele der Ortsplanung verletzt werden. Als geringfügig sind Änderungen einzustufen, welche nur wenige Grundeigentümer betreffen und nicht von allgemeinem Interesse sind. Ein vereinfachtes Verfahren kommt nur in Fragen, wenn keine Auswirkungen auf die Erschliessung zu erwarten sind und nur private, d.h. keine öffentlichen, Interessen betroffen sind.

4. Was für Änderungen können im vereinfachten Verfahren beschlossen und genehmigt werden?

Der Kanton SG führt Zonenplanverfahren und Zonenplanänderungen nicht im vereinfachten Verfahren durch. Eine Ausnahme besteht bei äusserst geringfügigen Änderungen, das heisst beispielsweise bei einem Zonenabtausch mit 50 m². Das vereinfachte Verfahren bedeutet im eigentlichen Sinn, dass auf das Anzeige- und Auflageverfahren verzichtet wird.

Bei den Änderungen von Sondernutzungsplänen kommt das vereinfachte Verfahren eher zur Anwendung (ca. 10 % von den Überbauungs- bzw. Gestaltungsplänen werden im vereinfachten Verfahren erlassen).

Die übrigen untersuchten Kantone haben eine lockerere Praxis und behandeln auch Zonenplanänderungen im vereinfachten Verfahren. Hierzu ist der Hinweis anzubringen, dass einzelne Kantone im vereinfachten Verfahren lediglich den Prozessschritt der Genehmigung „vereinfachen“ und deshalb auch berechtigt eine grosszügige Praxis entwickeln können.

5. Wer beschliesst die Planänderung im vereinfachten Verfahren?

Der Kanton St. Gallen ist hier wieder der Kanton mit den restriktivsten Regelungen. Sowohl im ordentlichen als auch im vereinfachten Verfahren ist für die Verabschiedung der Gemeinderat (Gemeindeparlament) zuständig. Die Kompetenz / Zuständigkeitsordnung ändert sich also im vereinfachten Verfahren nicht. Der Vorteil des vereinfachten Verfahrens ist, dass auf Anzeige- und Auflageverfahren verzichtet wird und kein fakultatives Referendum möglich ist. In den übrigen Kantonen geht die Zuständigkeit im vereinfachten Verfahren auf den Gemeinderat (Gemeindeexekutive) über. Des Weiteren gibt es Vereinfachungen beim Anzeige- und Auflageverfahren.

6. Wer genehmigt die Planänderungen im vereinfachten Verfahren?

Im Kanton SG ist das zuständige Departement (Baudepartement) sowohl im normalen als auch im vereinfachten Verfahren für die Genehmigung der Ortsplanungserlasse zuständig (Art. 31 Abs. 1 BauG). Mit Ermächtigungsverordnung vom 4. Januar 2011 wurde das Amt für Raumentwicklung und Geoinformation ermächtigt, die Ortsplanungserlasse zu genehmigen.

Im Kanton AR bedürfen im normalen Verfahren Baureglemente und Zonenpläne der Genehmigung durch den Regierungsrat, Sondernutzungspläne der Genehmigung durch das Departement Bau und Umwelt (Art. 49 Abs. 2 BauG). Geringfügige Änderungen an Nutzungsplänen bedürfen der Genehmigung des Departements Bau und Umwelt (Art. 52 Abs. 2 BauG).

Im Kanton AG weist im vereinfachten Verfahren § 25 Abs. 3 BauG dem Gemeinderat (Exekutive) die Funktion der Legislative zu. Ansonsten ist für allgemeine Nutzungspläne die Gemeindeversammlung (Legislative) das zuständige Organ (§ 25 Abs. 1 und 2). Sondernutzungspläne werden durch das Departement genehmigt, allgemeine Nutzungspläne durch den Regierungsrat (Art. 27 Abs. 1 BauG). Bestehen hinsichtlich der Genehmigung von allgemeinen Nutzungsplänen Differenzen zwischen der Gemeinde und dem Regierungsrat, so entscheidet das Parlament (Grosser Rat).

Im Kanton BE ist sowohl im normalen als auch im vereinfachten Verfahren das Amt für Gemeinden und Raumordnung für die Genehmigung zuständig (Art. 61 BauG in Verbindung mit Art. 109 Abs. 3 BauV; Art. 122 Abs. 3 BauV).

7. Wie sind die Erfahrungen mit dem vereinfachten Verfahren?

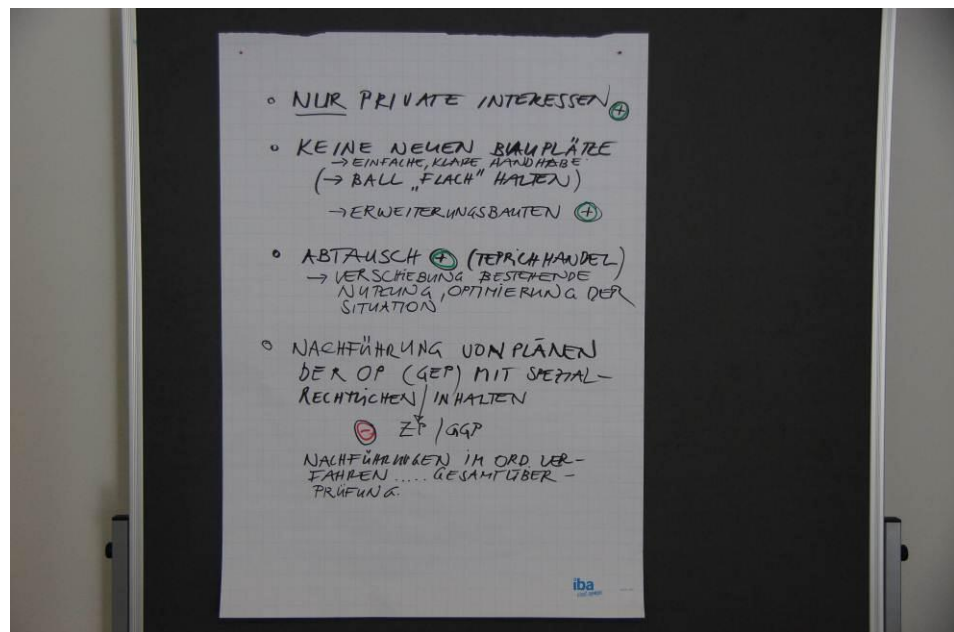
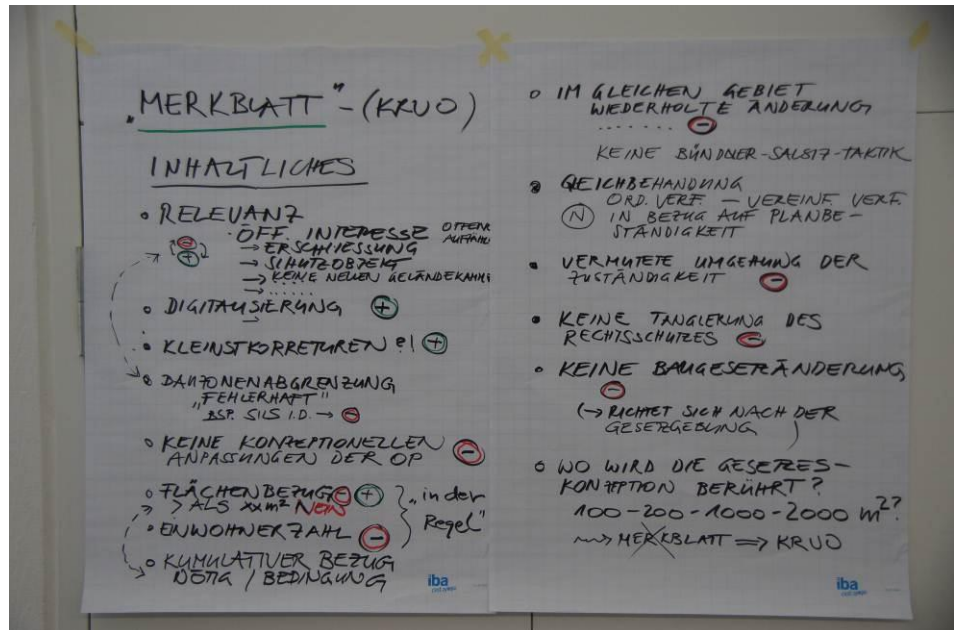
Die Gemeinden bevorzugen auch ausserhalb Graubündens das vereinfachte Verfahren. Das Hauptargument ist die Zeitersparnis. Unbestritten Vorteile hat das vereinfachte Verfahren bei Kleinständerungen. Dort trägt das vereinfachte Verfahren zur Verfahrenseffizienz bei. Des Weiteren hat das vereinfachte Verfahren Vorteile, wenn im ordentlichen Planungsverfahren Details vergessen wurden bzw. nachträglich von beschlossenen Punkten geringfügig abgewichen werden muss.

Die Erfahrungen der kantonalen Amtsstellen sind grundsätzlich gut. SG als Kanton mit restriktiver Handhabung schätzt die Bedeutung des vereinfachten Verfahrens aber deutlich geringer ein als die anderen Kantone mit einem vereinfachten Verfahren. Die grösste Bedeutung hat das vereinfachte Verfahren in AR. Dort werden 2 von 3 Zonenplanänderungen im vereinfachten Verfahren durchgeführt.

6. Workshop

Am 4. November 2011 trafen sich Spezialisten für einen Workshop zur Entwicklung einer Praxisanwendung für Art. 48 Abs. 4 KRG. In der Arbeitsgruppe wirkten mit: Dr. Andrea Brüesch, Präsident BVR, Lukas Bühlmann, Direktor VLP, Pius Derungs, Departement für Volkswirtschaft und Soziales, Daniel Güttinger, Amt für Natur und Umwelt, Alberto Ruggia, Amt für Raumentwicklung, Dr. Frank Schuler, Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit, Stefan Sutte, Regierungsrat Appenzell und Präsident RPG NO, Christoph Zindel, Geschäftsführer BVR und Stephan Banzer, Mitarbeiter STW AG für Raumplanung. Alexander Zenk präsentierte am Anlass die Grundlagenrecherchen.

Die Teilnehmer des Workshops empfehlen, dass das vereinfachte Verfahren in einem Merkblatt zu regeln sei. Folgende Pflichtinhalte seien dementsprechend in das Merkblatt aufzunehmen:



Chur, 08.02.2012 / CZ, BS



Merkblatt

Anwendung des vereinfachten Verfahrens bei Ortsplanungsrevisionen

Das vereinfachte Verfahren ist möglich für Planänderungen von untergeordneter Bedeutung, wie geringfügige Anpassungen von Zonengrenzen an neue Plangrundlagen. Das Verfahren ist in Art. 48 Abs. 3 Raumplanungsgesetz für den Kanton Graubünden (KRG) geregelt. Das Merkblatt dient dazu, eine einheitliche Praxis sicherzustellen. Aus den nachfolgenden Grundsätzen kann kein Anspruch einer Gemeinde auf das vereinfachte Verfahren abgeleitet werden.

Art. 48 KRG

³ Planänderungen von untergeordneter Bedeutung, wie geringfügige Anpassungen von Zonengrenzen an neue Plangrundlagen, können vom Gemeindevorstand beschlossen werden, sofern bei der Mitwirkungsaufgabe keine Einwendungen eingegangen sind.

1. Geringfügige Anpassungen

Geringfügig im Sinne von Art. 48 Abs. 3 KRG sind Anpassungen:

- a) wenn offenkundige Versehen oder Widersprüche bestehen, die bereinigt werden sollen (z.B. wenn Bauzonenabgrenzungen offensichtlich fehlerhaft sind);
- b) wenn Kleinstkorrekturen (z.B. kleinere Arrondierungen) nötig sind;
- c) wenn ein Abtausch erfolgt und dieser nicht von konzeptioneller Bedeutung ist;
- d) wenn durch die Abänderung keine wesentlichen Konsequenzen auf die Erschliessung zu erwarten sind insbesondere, wenn bestehende Ver- und/oder Entsorgungsleitungen auf Grundlage eines Leitungskatasters im Generellen Erschliessungsplan aktualisiert werden oder geplante in bestehende Anlagen umklassiert werden;
- e) wenn nur private Interessen berührt werden;
- f) wenn analoge Pläne erstmals digitalisiert werden und die Auswirkungen im Sinne der obenstehenden Kriterien erfolgen.

2. Anpassungen die nicht geringfügig sind

Das ordentliche Verfahren ist in folgenden Fällen durchzuführen:

- a) bei einer Änderung des Baugesetzes;
- b) bei der Aufhebung von Plänen;
- c) wenn die betroffene Fläche in der Regel mehr als 200 m² umfasst;
- d) wenn öffentliche Interessen berührt werden (z.B. eine konzeptionelle Anpassung der Nutzungsplanung, insbesondere Gesamtüberprüfung, eine Sanktionierung von widerrechtlichen Bauten und Anlagen, etc.);
- e) bei einer zu erwartenden negativen Auswirkungen (Interessenskonflikt) auf die Umwelt (z.B. Schutzobjekt/-zone, Landschafts- und Naturschutzzone, Lärm- und Luftemissionen, etc.);
- f) bei konzeptionellen Anpassungen der Nutzungsplanung;
- g) bei mehreren Änderungen im selben Gebiet, insbesondere wenn die Summe der Abänderungen von konzeptioneller Art ist.

3. Schlussbemerkungen

Die Frage „geringfügig“ oder „ordentlich“ ist immer mit einer Wertung verbunden. In der erklärten Absicht, die Änderungen von Vorschriften und Plänen tendenziell flexibel zu gestalten, soll der Spielraum von Art. 48 Abs. 3 KRG möglichst ausgeschöpft werden. In Grenzfällen sind immer, unter Einbezug der Fachstellen, das öffentliche Interesse abzuklären und dementsprechend die Interessen fallweise abzuwägen.

Die Frage der Planbeständigkeit ist weder beim ordentlichen noch beim vereinfachten Verfahren betroffen. Das heisst, dass nach der Genehmigung Pläne eine gewisse Zeit bestehen bleiben sollen.

Rein quantitative Kriterien (Grenzwerte) wie Einwohnerzahlen, Flächen, usw. für die Anwendung des vereinfachten Verfahrens sind nicht erwünscht. Es braucht zusätzlich immer eine qualitative Bewertung (z. B. Betroffenheit Naturschutzelemente, usw.).